

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
für Halle und unsere unmittelbaren  
Abnehmer 22 $\frac{1}{2}$  Sgr. Durch die resp.  
Post-Anstalten über all nur:  
26 $\frac{1}{4}$  Sgr.

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der Buch-  
handlung von G. Kirschner, Univer-  
sitätsstraße, Paulinum. In Mag-  
deburg in der Creuzschen Buch-  
handlung, Breiteweg Nr. 156.

Hallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N<sup>o</sup> 183.

Halle, Freitag den 10. August  
Hierzu eine Beilage.

1849.

## Deutschland.

Halle, d. 8. August. Ob die politische Selbstständigkeit, ob die Freiheit, welche die wahre konstitutionelle Monarchie zu gewähren hat und von denen als ihren unerlässlichen Grundlagen sie ausgehen muß und soll, dem Einzelnen und dem Ganzen heilsam sei? Ob uns die konstitutionelle Monarchie Segen bringe, ob wir es besser dabei haben werden? Oder ob die Unglückspropheten, welchen die konstitutionelle Staatsform nur Quelle unsäglicher Leiden ist und die in der Rückkehr zum alten Polizeisystem die alleinige Rettung des Staats und der Nation gefunden zu haben vorgeben, ob diese Unglücksvogel der Nacht Recht haben? Wir wollen auf diese Frage eine unumwundene Antwort geben, nichts vorpiegeln, nichts verhehlen; denn alles hängt davon ab, daß wir sowohl über die uns zustehenden Ansprüche, als über die auferlegten Pflichten, ganz mit uns im Klaren sind. Denkt man sich unter dem durch eine freie Regierungsform zu erlangenden Segen bei weniger Anstrengung mehr genießen, oder nur sicherer, leichter, wenn auch beschränkt, fortleben zu können? Diesen Segen bringt keine freie Regierung, also auch die konstitutionelle Monarchie nicht. Die größte Freiheit ist nur das weiteste Recht des möglichst großen Schaffens, und die höchste Selbstständigkeit macht die höchsten Ansprüche auf die selbstthätige Kraft. Und die wahre Würde wie das wahre Glück des Menschen liegt im Schaffen, in der rechtmäßigen Kraftäusserung. Aber darin liegt der Unsegen aller Bevormundung, daß sie Furcht vor dem Lebenskampf, Aigung zur Beschränktheit ernährt, daß sie alles freie Erringen gegen eine kümmerliche, der Menschennatur unwürdige Sicherheit zu opfern bewegt; denn sie läßt den Menschen nicht zur Erkenntniß seiner individuellen Kraft kommen, noch den Stolz des allein erringenen Sieges kosten, sondern fügt ihn in ihr System ein, wo das Individuum, jeder unabhängigen Wirksamkeit entzogen und vom mechanischen Gange geleitet und gehalten, zur Feigheit erzogen wird. Der Andrang nach Aemtern in dem alten bureaukratischen Staate beweist, wie weit dieser Einfluß sich der Menschen bemächtigen kann. Dem Beamten stehen keine solchen Ausichten auf Besiß und Genuß zu, als welche sich dem unabhängigen Gewerbsmanne eröffnen; das Einkommen eines hochstehenden

Staatsdieners, für die Staatskasse und im Verhältniß der Dienstleistung in manchen Fällen sehr bedeutend, sogar sinekuristisch, übersteigt doch selten das Einkommen eines gewöhnlichen Kaufmanns; in den neuesten Wahllisten stand selten ein Beamter in der ersten, viele in der zweiten, die meisten in der dritten Klasse. Aber das, was der Beamte besitzt, hat er sicher, und was für ihn ebenfalls werth ist, er weiß, was von seinen Leistungen gefordert wird, und ist nicht neuen und unbestimmten Ansprüchen auf seine Thätigkeit ausgesetzt; er besorgt nicht, neue Bahnen allein aufsuchen und brechen zu müssen, wenn die Verhältnisse sich um ein Weniges ändern sollten, sondern er rückt mit einem Systeme sachte fort, dessen Beharrungsvermögen eine Gewähr vor dem Zufall leistet. Das ganze Heer der Beamten schiebt sich auf der breiten Lämmerstraße mechanisch fort. So weit erniedrigt die politische Unfreiheit die Menschen, daß wir die begabtesten, zur höchsten Fähigkeit ausgebildeten Naturen nur nach einem Unterkommen bestrebt sehen — begierig, sich in den ersten besten Schlupfwinkel zu verkriechen und ihr Lebenslang darin zusammengekauert zu sitzen, bleiben sie nur vor den Stürmen des Lebens und der Geisterwelt dieses Lebens geborgen. Wer dies für einen Segen hält, wird ihn nicht durch den politischen Fortschritt geboten sehen, denn dieser hebt nicht den Lebenskampf auf, damit der Kleinmüthige unbelästigt bleibe, er setzt vielmehr alle jene Hebel in Bewegung, welche dazu dienen, den Menschen aus der Trägheit herauszureißen und ihn beständig vorwärts zu treiben. Die politische Freiheit bringt Segen, den Segen der Thatkräftigkeit, indem sie jeder schwunghaften Tüchtigkeit ein freieres Feld, ein schöneres Ziel, eine reichere Belohnung darbietet — der Trägheit ihr Lotterbett entzieht, der Kleinmüthigkeit ihr Versteck niederreißt. Sie stellt eine Regierung hin, um Unsegen zu unterdrücken; für den Segen aber verweist sie uns auf die Quelle, von wannen er allein kommen kann: auf die eigne Thatkraft sowohl des Einzelnen, als der freien Vereinigung und des gesammten Volks; denn der Segen muß aus dem positiven Schaffen kommen, er muß die eigne Frucht der selbstgeignen nationalen Thatkraft sein, und kann nicht durch das Regieren, dessen Wirksamkeit nur eine negirende ist, gegeben werden. Und während die konstitutionelle Freiheit den Einzelnen seine, vom ne-

girenden Drucke des Regierens und Gouvernementirens gelöste Kraft erkennen läßt, erhebt sie seinen Blick zum Erfassen der Allgemeinheit, beseitigt jene Nenglichkeit, welche die Mutter einer engherzigen Selbstsucht und jedes bürgerlichen und politischen Lasters ist, — sie giebt mit der Selbstständigkeit und der selbstbewußten politischen Ehre zugleich das volle Maß der Kraft und der Tugend, und nur unter den Kräftigen und Tugendhaften kann das gesellige Prinzip sich in seiner Würde als Vereinigung der Kräfte durch Achtung, Vertrauen und gegenseitiges Unterstützen in dem großartigsten Stile der Natur, d. h. organisch entwickeln. Dieser Geist der Selbstständigkeit und der Energie — er ist in unserm Volke endlich zum Durchbruch gekommen und er steht als Cherub mit dem Flammenschwerte an den Thoren, um das Alte, das Abgelebte, wollte es sich in das neue Reich der Freiheit eindringen, zurück zu scheuchen in die Schatten der Vergangenheit. „Keine Reaktion, keine Kontrerevolution“ — sagt die konstitut. Zeitung — „das liberal-konservative Prinzip allein sei die Lösung! Wer Preußen liebt, seinen Ruhm und seine Macht, wer die Zukunft dieses Königreichs aus seiner bisherigen Geschichte erkennt, der halte zu der Fahne des konstitutionellen Prinzips, und gebe durch die Kammern und in den Kammern unseres Preußenlandes dem gesammten Deutschland eine Bürgschaft für die Größe, das Selbstbewußtsein und die Freiheit des neu zu bildenden deutschen Reiches. Leben und Wahrheit kann dieses nur erhalten, wenn Preußen das Banner der konstitutionell-monarchischen Institutionen hoch erhebt, wenn der Ausdruck seiner nationalen Intelligenz die Freunde verfassungsmäßiger Freiheit eben so beruhigt, wie die Kraft seines nationalen Heeres die Freunde der Ordnung mit Stolz auf dieses mächtigste der deutschen Lande blicken ließ.“

Je freier die Verfassung, desto mehr ist es Hauptzug in dem Lebensspiele derselben, die Nation in Parteien auseinander gehen zu sehen. Die freie Verfassung bedarf der Parteien, damit der Macht, welche doch allemal der Regierung zu Gebote steht und stehen muß, nicht ein Einzelner, sondern eben eine andre Macht gegenüber stehe. In der konstitutionellen Monarchie sind die Parteien um so mehr Bedürfnis, je geringer nach derselben die Bedeutung des Staatsbürgerrechts und je größer die Macht der Krone ist. Das Königthum ist überall ungesellig und wo einmal die Macht liegt, da wohnt auch der Naturtrieb, diese Macht zu erweitern. Ihm stehen die Parteien gegenüber, die um so unausbleiblicher sind, je mehr die Verfassung selbst als eine zusammengesetzte auf der einen Seite die Vortheile des Gehorchens und auf der andern die Vortheile der Selbstständigkeit vorhält. „Dieser Kampf der Parteien ist die eigentliche Lebensquelle dieser Verfassung (Worte Zachariä's), indem er die öffentliche Sache den Bürgern zur Ehrensache macht, die öffentlichen und besondern Verhältnisse des Bürgers mit einander auf das Genaueste verflechtend die einen durch die andern hebt und belebt.“ Wir beben oft vor den Parteikämpfen und Volksbewegungen in England zagend und verzagend zurück, von welchen die Tageblätter erzählen. Aber wir übersehen dann über einzelne und äußere Erscheinungen d. s. öffentlichen Lebens die Gesamtkraft und die innere Tugend dieses Lebens. Wir gleichen einem Nichtarzte, welcher ein Buch über die Krankheiten des Menschen lesend sich für verloren hält, weil er diese Krankheiten schon in sich zu fühlen glaubt. Wir vergessen, daß eine scheinbar schwächliche Leibesbeschaffenheit die längste Lebensdauer verspricht, weil sie in einem steten Schwanken das gestörte Gleichgewicht der Kräfte am Leichtesten wiederherstellt. Die freie Verfassung ist die Quelle der Parteikämpfe, sie duldet keine Meppmeier, die unaufhörlich umherschwanke, sie verlangt von Jedem Entschiedenheit und durchbricht

die engen Schranken aller bisherigen harmlosen Gemüthlichkeit und sentimental Romantik und zwingt, Partei zu nehmen. Alle Einzelnen sind berufen zur thatkräftigen Theilnahme am öffentlichen Leben, alle werden so zu sagen auf den Kopf gestellt, weil die Freiheit ihre Lebenskraft nur aus dem geistigen Elemente der Nation zieht. Tief in die häuslichen und gesellschaftlichen Kreise dringt das Drängen und Treiben der Parteien. Bei jedem Genuße, bei jedem geselligen Vergnügen muß man über sich selbst wachen, um dem lauten Tadel eines andern Wächters, der öffentlichen Meinung, zu entgehen. Die Parteigestaltung, ihre intensive Stärke ist der politische Regulator der öffentlichen Gewalt und des nationalen Lebens.

Um Mißverständnisse zu vermeiden sei im Vorbeigehen gesagt, daß hier nur von solchen Parteien die Rede ist, die innerhalb der Verfassung stehen. Außer der Verfassung giebt es nur Faktionen von revolutionärer Bedeutung.

Fassen wir das Gesagte in wenig Worte zusammen, so besteht der Werth der konstitutionellen Verfassung darin, daß sie durch Formen, welche das geistige Wesen des Menschen zur Grundlage haben, die gesammte geistige Kraft des Volks für eine gerechte und nachdrückliche Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten in Bewegung setzt. Sie ist die Schule der Freiheit und der Aufklärung, d. h. der Selbstständigkeit im Denken. Ein Unmündiger, wie möchte er sich selbst regieren? Sie ist die Volksbildnerin zu Muth, Mäßigung und Gemeingeist. Für ein Volk ohne Muth, ohne Mäßigung und ohne Gemeingeist giebt es keine konstitutionelle Monarchie. Diese drei Eigenschaften sind die unerläßlichen Forderungen an die nationale Gemüthsart. Ein Fürst, der seine Macht, ein Volk, das seine Freiheit überspannt, verlieren jener seine Macht, dieses seine Freiheit. Ein Volk, das frei sein will, muß damit anfangen, an sich selbst große Forderungen zu stellen. Und was den Muth betrifft, so wird es genügen, zum Schluß Jean Pauls Worte anzuführen: „Es giebt eine höhere Tapferkeit, als die im Kriege, eine Tapferkeit, welche eintritt, obwohl nicht lange, Sparta, Athen und Rom besaßen, die Tapferkeit des Friedens und der Freiheit, den Muth zu Hause. Wenn manches andere Volk, im Vaterlande ein freidenkender Knecht, außer demselben ein kühnfassender Held, dem Falken gleicht (nur weniger durch Schlaflosigkeit, wie er, als durch Einschlafen, zahm geworden), welcher vom Falkenmeister so lange verkappt auf der Faust getragen wird, bis er als augenblicklicher Freier des Aethers in alle Wildheit losgelassen, kühn und flug einen neuen Vogel überwältigt und mit ihm auf die Sklavenerde niederstürzt: so führt das recht- und freimüthige Volk zu Hause seinen Freiheitskrieg, folglich den längsten und kühnsten, gegen jede Hand, die den Flug und Blick einschränkt: der einzige Krieg, der keinen Waffenstillstand haben kann.“ —

**Berlin, d. 9. August.** Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin ist von Karlsruhe, Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, Graf v. Renard, von Breslau, der General-Major und Commandant von Küstrin, v. Corvin-Wiersbicki, von Küstrin, der Wirkliche Geheime Legations-Rath, Freiherr v. Patow, von Potsdam, der Präsident des Consistoriums der Provinz Schlesien, v. Nechtzig, von Breslau, und Se. Excellenz der Herzogl. anhalt-cöthensche Staatsminister, v. Gopler, von Cöthen hier angekommen.

Die bairische Circular-Depesche über von der Pfordten's Verhandlungen in Berlin, deren Kern aus der „Neuen Münchener Zeitung“ seinen Weg durch die deutschen Blätter gefunden hat und selbst in die französischen übergegangen ist, hat seine Entgegnung in einem preussischen Rundschreiben gefunden, welches mit den Aktenstücken über die berliner ver-



traulichen Besprechungen allen Gesandten und Bevollmächtigten Preußens zur Information überfandt worden ist. Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, ist das Aktenstück aus der Feder des jetzigen Ministers des Auswärtigen geflossen und fertigt den bayerischen Minister, der in seiner Depesche gegen Preußen die Rolle eines Anklägers und Vermittlers zugleich hat spielen wollen, sehr scharf ab. Die Stellung Preußens wird darin auf das Klarste beleuchtet; das Bündniß vom 26. Mai innerhalb des Bundes festgehalten, der Bund selbst als bestehend betrachtet, wenn auch kein Bundes-Organ existirt. Preußen wird mit seinen Verbündeten zu einem neuen Provisorium nur dann die Hand bieten, wenn die Einleitung eines Definitivums dadurch nicht gehemmt und gefährdet wird. Diese Einleitung ist in dem Bündniß vom 26. Mai und dem Entwurfe der drei Königreiche vorhanden; die Behauptung des bayerischen Ministers, daß mit dem ersteren Preußen den Boden des Bundes verlassen habe, wird widerlegt und darauf hingewiesen, daß selbst die frühere provisorische Centralgewalt sich der Auerkenntniß desselben nicht entzogen habe. Diese Auerkenntniß ist die notwendige Voraussetzung weiterer Verhandlungen für ein neues provisorisches Central-Organ, welches nicht einseitig zwischen Oesterreich und Preußen festgestellt werden darf, und wobei auch eine augenblickliche Verzichtleistung Baierns keine besondere Bedeutung hat, weil dasselbe in dieser Beziehung nicht mehr Ansprüche hat, als jeder andere deutsche Staat. Nur durch die Mitwirkung Aller kann ein gemeinsames Organ für Alle zu Stande kommen, deshalb wird Preußen mit allen seinen Verbündeten die Sache in gemeinsame Erwägung ziehen. Bezüglich des Verfassungs-Entwurfs, so beruht derselbe auf zwei Thatsachen, nämlich dem Bedürfnisse der Nation, zu einer in- nigen Vereinigung in einen Bundesstaat zu gelangen, und auf der Unmöglichkeit für Oesterreich, in einen solchen zu treten. Diese Unmöglichkeit hat Oesterreich selbst wiederholt ausgesprochen, zuletzt noch durch die Erklärungen, welche die Theilnahme an einer allgemeinen nationalen Volks-Vertretung Deutschlands ablehnten. Das vorgeschlagene bayerische Fürsten-Directorium ist ein Schattenbild, welchem kein deutscher Staat, am wenigsten Preußen, Opfer bringen kann. Will ganz Deutschland auf den Bundesstaat verzichten wegen der Unmöglichkeit für Oesterreich, beizutreten, und sich mit dem alten Staatenbunde begnügen, so nimmt Preußen keinen besonderen Beruf in Anspruch und hat auch kein speciellcs Interesse, sich einer solchen Wendung zu widersetzen; es wird seine Stellung auch im Staatenbunde zu behaupten wissen. Seine Vorlage hat es den Regierungen und dem nächsten Reichstage gemacht. Was diese beiden Faktoren im Zusammenwirken entscheiden werden, das wird es wie die anderen Staaten annehmen. Preußen hegt keine Besorgnisse, daß die deutsche Frage in eine europäische umschlagen werde; woher dem bayerischen Minister diese Besorgnisse kommen, weiß es nicht, hält aber bei keiner Regierung eine so undeutsche Gesinnung für möglich, welche diese Befürchtungen rechtfertigte. Schließlich erklärt sich Preußen bereit, mit der bayerischen Regierung auf derselben Grundlage, wie mit jeder anderen, eine Verständigung zu suchen. Es wäre zu wünschen, daß das ganze Aktenstück den Weg in die Öffentlichkeit fände, weil es dem Mißtrauen gegenüber, das von der radicalen und der großdeutschen Presse in gleicher Weise über Preußens deutsche Politik auf Neue geweckt wird, heilsam wirken würde. Wie gewissenhaft Preußen in Bundesfachen zu Werke geht, ergiebt sich auch daraus, daß es Oesterreich zur Mitbesetzung von Raftatt, als einer Bundespflicht und einem Bundesrecht, ausdrücklich aufgefordert hat.

**Frankfurt a. M., d. 5. August.** In verschiedenen

Zeitungen ist die Rede davon gewesen, daß in den Badeorten, wie Wiesbaden, Homburg und Rissingen, trotz des von der deutschen Reichsversammlung beschlossenen und durch das Reichsgesetzblatt unterm 25. Januar verkündeten Gesetzes wegen Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spielpachtverträge, dennoch, wenn auch nicht öffentlich, doch in verschlossenen Räumen gespielt wird, und daß das Reichsministerium dies geschehen lasse, ohne irgend welche Maßregeln dagegen vorzunehmen. Es ist leicht begreiflich, warum das Reichsministerium unter den obwaltenden Verhältnissen keine militärischen Executionen vorgenommen hat, um diesem Unfug zu steuern; dasselbe hat aber nicht versäumt, das zu thun, was unter den obwaltenden Verhältnissen allein geschehen konnte. Die nachfolgenden Actenstücke, deren Mittheilung uns gestattet ist, werden den vom Reichsministerium eingehaltenen Weg am besten bezeichnen:

An die herzoglich nassauische Regierung wurde nachfolgender Erlass gerichtet, desgleichen ein entsprechender an Homburg und Baiern:

Einem vielfach verbreiteten Gerücht zufolge, soll die Spielbank zu Wiesbaden seit mehreren Tagen wieder eröffnet worden sein. Nach dem Reichsgesetz vom 20. Januar und der Zuschrift des herzoglich. Herrn Bevollmächtigten vom 18. Mai l. J. ist das Reichsministerium nicht im Stand, jener Nachricht Glauben zu schenken. Letztere hat indessen eine solche allgemeine Verbreitung gefunden, daß das Reichsministerium sich veranlaßt sehen muß, sie zur Kenntniß der herzoglichen Regierung zu bringen und deren Erklärung darüber einzuholen. Ich ersuche Sie daher, Herr Bevollmächtigter, solche gefälligst veranlassen zu wollen. Frankfurt, den 21. Juli 1849. Der Reichsminister der Justiz: (gez.) Detmold. An den herzoglich. nassauischen Herrn Bevollmächtigten.

In Beantwortung desselben erklärte das herzoglich. nassauische Staatsministerium Nachfolgendes:

„Durch das uns übermittelte sehr geehrte Schreiben an den herzoglich. nassauischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt vom 21. l. M. hat das unterzeichnete Staatsministerium ersehen, welche Erläuterung bezüglich des in Wiesbaden bestehenden Spieles von dem Reichsministerium der Justiz gewünscht worden ist. Die Existenz des Spieles in Wiesbaden beruht auf einer der Kurhaus-Actiengesellschaft dahier, welcher die sämtlichen Kuranlagen gehören, vor länger als 40 Jahren ertheilten Concession für alle Arten von Hazardspielen, und da diese Gesellschaft nach der durch das Gesetz vom 20. Jan. verfügten Aufhebung der öffentlichen Spielbanken, von dem ihr verliehenen Rechte in der Art Gebrauch machte, daß sie ein dem Publikum entzogenes Hazardspiel in geschlossener Gesellschaft eintraten ließ, so konnten die herzoglich. Behörden dem Bestehen dieses, dem Reichsgesetz nicht widersprechenden Spieles, um so weniger in den Weg treten, als die Gesellschaft andernfalls leicht im Wege gerichtlicher Klage den Schutz ihres erworbenen Rechts innerhalb der bezeichneten Schranken würde erlangt haben. Wiesbaden, den 27. Juli 1849. Herzogl. nassauisches Staatsministerium. (gez.) Wisingerode. (gez.) vdt. Grimm. An das Reichsministerium der Justiz in Frankfurt a. M.

Von Seiten der andern Regierungen ist bis jetzt eine Rückantwort nicht eingegangen. Wie wir übrigens gleichzeitig beifügen können, hat das Reichsministerium sich bei dieser nassauischen Erklärung nicht beruhigt, sondern eine neue Note erlassen, die wir hoffentlich nächster Tage mittheilen können.

**Karlsruhe, d. 6. August.** Mehrere Frankfurter Blätter haben die Nachricht gebracht, daß Professor Kinkel zum Tode verurtheilt und das Urtheil an ihm bereits vollzogen worden sei. Diese Nachricht ist ungegründet. Das Kriegsgericht hat erst Sonnabend Vormittags über Herrn Kinkel geurtheilt, und wenn auch anzunehmen ist, daß nach Lage der Sachen auf den Tod gegen ihn erkannt wurde, so läßt sich dies doch nicht mit Gewißheit behaupten, da derartige Urtheile nicht eher bekannt werden, bis ihrer Publikation die Vollstreckung sogleich nachfolgt. Eine solche hat aber noch nicht stattgefunden und kann auch erst dann stattfinden, wenn der kommandirende General, Graf von der Gröben, das kriegsgerichtliche Urtheil, falls es auf Erschießen lautet, bestätigt. — Der Großherzog wird dem Vernehmen nach im Laufe dieser Woche zurückkehren. Df-

ficiell ist darüber zwar bis jetzt noch nichts bekannt geworden, es wird aber auch nichts bekannt werden, da nach höchstem Wunsch alle Empfangsfeierlichkeiten unterbleiben sollen. Der Prinz von Preußen wird in dieser Woche gleichfalls hier erwartet.

**Karlsruhe**, d. 6. August. So eben trifft die Nachricht hier ein, daß heute früh drei Stabsoffiziere der Aufständischen, worunter auch „Major“ Biedenfeld, in Rastatt erschossen wurden. (M. Ztg.)

**Detmold**, d. 2. Aug. Gestern beantwortete der Regierungskommissar Heldmann eine am 24. Juli vom Abg. Leizmann in Betreff Schleswig-Holsteins gestellte Interpellation dahin, daß die Regierung den zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand nicht genehmigt habe. Hinsichtlich unserer Truppen in Schleswig-Holstein habe sie geglaubt folgenden Weg einschlagen zu müssen. Von der Centralgewalt seien unsre Truppen, ein Bataillon, unter den speciellen Befehl des oldenburgischen Generals gestellt. Die Regierung habe deshalb beim oldenburgischen Ministerium angefragt, was dieses in Bezug auf den Waffenstillstand beschließen habe. Am 31. Juli sei die Antwort eingegangen, daß die unter dem Commando des oldenburgischen Generals stehende Brigade, zu der unser Bataillon gehöre, den Befehl erhalten habe, sich vom Kriegsschauplatz zu entfernen und am 5. Aug. in Altona einzutreffen, von wo aus die verschiedenen Contingente, laut ertheilter Anordnungen der Regierungen, in ihre Heimath entlassen werden sollten. Demzufolge habe sich die lippische Regierung veranlaßt gesehen, unser Bataillon zurückzuberufen. Dasselbe werde daher spätestens in acht Tagen zurückkehren.

**Braunschweig**, d. 6. Aug. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten ward ein Schreiben des Ministeriums, die deutsche Verfassungsangelegenheit betreffend, verlesen. Das Ministerium zeigt darin an, daß die Landesregierung mit Vorbehalt der Ratification den Anschluß an den Entwurf der drei Königreiche erklärt habe, und fordert zur Ertheilung der Ratification die Zustimmung der Abgeordnetenversammlung. Das Schreiben wird der Commission für die deutsche Angelegenheit zur schleunigen Berichterstattung übergeben.

**Altenburg**, d. 7. Aug. Seitdem eine Abtheilung unsers in Schleswig stationirt gewesenen Bataillons zurückgekehrt, ist eine entsprechende Abtheilung der hier befindlichen preussischen Besatzung, Landwehr, in die Heimath entlassen worden.

**Oldenburg**, d. 6. Aug. In der heutigen Sitzung des Landtags ward demselben von Seiten der Regierung die Vorlage der über den Beitritt Oldenburgs zum Dreikönigsbund stattgefundenen Verhandlungen gemacht. Der Landtag beschloß, zuvörderst in den Abtheilungen über die Niedersetzung eines Ausschusses über diese Vorlage zu berathen. (W. Z.)

**Aus Schleswig-Holstein**, d. 5. Aug. Wir können hier kaum annehmen, daß die Statthaltertschaft sich den Bedingungen des Waffenstillstandes in der Weise unterworfen habe, daß sie damit zugleich jeden Plan des Widerstands gegen die Convention aufgegeben. Angesichts des in Ausführung begriffenen Waffenstillstandes dauern die Militärrüstungen im Lande ununterbrochen, ja im stärkern Mafe fort. Daß der Befehlshaber der schleswig-holsteinischen Armee, Generallieutenant v. Bonin, den Oberbefehl niedergelegt und definitiv aus schleswig-holsteinischen Diensten getreten, dürfte Ihnen vielleicht bereits bekannt sein, mehrere höhere preussische Offiziere sind gleichfalls ausgeschieden. Der im Lande von seinen Soldaten sowohl als von der Bevölkerung hochverehrte General soll nämlich von der Statthaltertschaft eine bestimmte Erklärung hinsichtlich der Haltung derselben der Convention gegenüber gefor-

bert haben, welche indeß in so zweideutiger Fassung ertheilt wurde, daß Hr. v. Bonin hierauf ungesäumt aus dem Dienste zu treten, seiner loyalen Gesinnungsweise zufolge, für angemessen und nothwendig fand. Es soll bereits ein anderer Obergeneral für die schleswig-holsteinische Armee gewonnen sein. (D. R.)

**Wien**, d. 5. Aug. Der Friede mit Sardinien ist abgeschlossen und ratificirt. Baron Metzurg ist der Ueberbringer dieser Nachricht nach Mailand, welche man dort mit Sehnsucht und Spannung erwartet. F. M. Radezki wird der Stadt Mailand dieses Ereigniß mit einer Salve von 100 Kanonenschüssen verkündigen. Der schwierigste Punkt der Unterhandlung war nicht, wie die französischen Blätter melden, der Abschluß eines Handelsvertrags, sondern die Bewilligung einer Amnestie für die in Piemont sich aufhaltenden Lombarden. König Victor Emanuel sagt sich von der Politik seines Vaters los, er fürchtet in den von Karl Albert zum Aufreure gereizten Lombarden die Werkzeuge der Demokraten, welche seine eigne Regierung gefährden; er hat daher auf die Bewilligung einer Amnestie für sie bestanden, damit ihnen die Reise in ihr Vaterland möglich gemacht würde. Machen sie von dieser Erlaubniß keinen Gebrauch, so fühlt er sich seiner Schuld ledig und in der Lage, sie aus seinen Staaten zu verweisen.

Bergangene Nacht trafen Estafetten von der ungarischen Grenze ein, in Folge deren der Kriegsminister Gyulay sogleich nach der Gegend von Raab von der hiesigen Garnison vier Bataillone Infanterie und Jäger mit zwei Batterien beordnete. Man wußte schon gestern Abend durch die von der Grenze zurückkehrenden Pesther Eilwagen, daß die Besatzung von Komorn mit 8000 Mann einen Ueberfall gemacht und von Acs bis in die Gegend von Raab vorgezogen war. Die Magyaren haben dabei einiges Fuhrwesen und 200 Dshen aufgehoben. Es ist natürlich, daß man hier durch den plötzlichen Abmarsch der Truppen alarmirt ist. (Brsl. Z.)

Die Lithographirte Correspondenz meldet: Die Besatzung von **Komorn** hat einen abermaligen Ausfall unternommen, wobei es ihr glückte, sich eines Ertriebes von 2400 Dshen zu bemächtigen. Auch fügt man hinzu, daß zwei Remorqueurs mit 84,000 Mehen Getreide und ein Theil der Kriegskasse in ihre Hände gefallen wären, indem die Magyaren nach unverbürgten Nachrichten Raab überrumpelt und die Stadt sofort besetzt haben sollen. Gewiß ist es, daß in Folge telegraphischer Berichte der größte Theil der hiesigen Garnison heute schleunigst Marschordre erhalten hat. Es hieß, daß die Magyaren Altenburg bedrohten. In Pesth hielt man sich noch immer nicht vor einem Ueberfall sicher.

Der Constitutionellen Zeitung wird aus **Wien** vom 5. August über den Ausfall der Ungarn aus Komorn geschrieben: Man ist beim Kriegsministerium in großer Bestürzung. Es sind zwei Bataillone von der hiesigen Garnison nach Ungarn abgegangen, denn dort thut Hülfe noth. Die Besatzung von Komorn hat einen Ausfall gemacht, wobei die k. k. Truppen zurückgedrängt wurden. Jetzt dürften, wie man befürchtet, die Magyaren bereits in Raab sein. War also Komorn nicht cernirt? Hatte man von der Stärke der in und um die Festung zusammengezogenen magyarischen Corps keine genügende Kenntniß? Die Abtheilung, welche jetzt gegen Raab vorrückt, ist wenigstens 15,000 Mann stark; wird sie auch bald wieder zurückgedrängt sein, so sind die Nachtheile dieses Ueberfalls doch sehr bedeutend. Jedermann fragt sich erstaunt um die Erklärung dieses Unfalls, und man ist nicht wenig erbittert über den Mangel an Vorsicht, den es zeigt, eine Festung wie Komorn mit solcher Macht sich unbekümmert im Rücken zu lassen. So urtheilt man, allein man muß wohl die nähern Berichte abwarten, ehe man ein solches Urtheil nachsprechen oder unter-



schreiben darf. — Nachschrift. Allgemein sagt man, Raab sei von den Ungarn genommen.

In einer zweiten Korrespondenz der Berliner Konstitutionellen Zeitung aus **Wien** vom 5. Aug. heißt es: Raab ist genommen! Seit dem frühesten Morgen hörten wir beständigen Trommelwirbel; es wurde nämlich ein sehr bedeutender Theil der Garnison in aller Eile nach Preßburg geschafft. Der Sachverhalt ist ungefähr folgender: Klapka machte gestern einen Ausfall, nahm eine bedeutende Anzahl für die kaiserl. Truppen bestimmter Ochsen, vertrieb, oder, wie andere Versionen lauten, nahm die Bedeckungsmannschaft und einige Kanonen mit und verstärkt durch andere Insurgentenhausen soll er auch Raab besetzt haben und nach Preßburg rücken. — (12 Uhr.) Soeben rücken wieder Soldaten und eine Batterie nach Preßburg. Wien ist in der größten Bestürzung; man war nach den glänzenden Berichten der Zeitungen auf einen solchen Zwischenfall gar nicht gefaßt. Zahlreiche Patrouillen gehen nach allen Richtungen in den Vorstädten sowohl als in der innern Stadt. — Unsere Radikalen zeigen ein sehr strahlendes Gesicht und behaupten, daß auch Haynau eine Schlappe erlitten. Auch Gran soll von den Insurgenten besetzt sein. — (2 Uhr.) Soeben marschiren wieder Soldaten fort. Sechs Bataillone, drei Batterien, Jäger und Kürassiere sind bereits wegmarschirt. Patrouillen gehen fleißig auf und ab. Wie ich eben erfahre, sind meine Berichte über die Erfolge der Ungarn leider nur zu begründet; noch in der Nacht wurde ein Theil der Garnison von Olmütz durch den Telegraphen hierher berufen.

Der Ofener Korrespondent der Prager Zeitung schreibt: Kossuth soll seiner Partei die Freiheit garantirt haben, und das Geheimniß soll, wie man sich hier allgemein erzählt, einige Tage später enthüllt worden sein; denn man sagt: in Szegedin sei der Sohn der Königin von England, Albert, unter dem Namen Bela V. zum König ausgerufen worden.

### Italien.

Der „Constitutionnel“ enthält eine Correspondenz aus Wien vom 30. Juli über den Stand der Friedens-Verhandlungen, der wir Folgendes entnehmen: „Das einzige Hinderniß, welches der Ratification des Friedens-Vertrages mit Piemont noch im Wege stand, nämlich die Frage der Amnestie, steht auf dem Puncte, beseitigt zu werden. Das wiener Cabinet hat, wie es heißt, der englischen und der französischen Regierung privatim seine Absicht angezeigt, gleich nach der Uebergabe Venedigs für die Ereignisse in Italien eine Amnestie auf der breitesten Grundlage (?) eintreten zu lassen; es sei also über das Princip der Amnestie mit Piemont vollkommen einverstanden. Allein die Würde des kaiserlichen Cabinettes mache es ihm zur Pflicht, das Verdienst dieser Versöhnungs-Maßregel als einer aus seiner freien Antriebe hervorgegangenen für sich in Anspruch zu nehmen. Die sardinische Regierung ist von diesem Entschlusse in Kenntniß gesetzt worden und wird ohne Zweifel keine ernstliche Einwendung in Betreff dieses Punctes erheben, da die National-Ehre durch die bestimmte Zusicherung der Amnestie gerettet ist. Nichts ist unbegründeter, als was manche Journale von einer geheimen auf ein Schutz- und Trutzbündniß und einen Zollverein zwischen Oesterreich und Piemont bezüglichen Clausel des Vertrages berichtet haben.“

### Schweiz.

**Bern**, d. 3. August. Heute wird der Bericht des Bundesraths über die von den Flüchtlingen hereingebrachten Waffen und sonstiges Kriegsmaterial verlesen. Die Bundesregierung theilt in diesem Rapporte die Ansicht nicht, daß dieses Kriegsmaterial zu Deckung der Flüchtlingskosten innebehalten werden

solle. Eben so wenig wird sie darauf eingehen, die Herausgabe der fraglichen Gegenstände an die Bedingung einer den Flüchtlingen zu ertheilenden Amnestie zu knüpfen, indem sie von dem Standpunkte ausgeht, daß die Ertheilung einer Amnestie keiner Regierung vorgeschrieben werden könne. Es wird daher einfach darauf angefragt, den ganzen Fang herauszugeben und zwar bloß gegen Ertheilung von Garantien, die geeignet seien, die Schweiz für die Zukunft vor ähnlichen Versehen zu beruhigen. Rückfichtlich der auf den Schweizerboden gebrachten badischen Pferde beantragt der Bundesrath noch besonders, daß die Herausgabe derselben sofort als dringlich von der Bundesbehörde behandelt werden möchte.

### Frankreich.

**Paris**, d. 5. Aug. Eine bedeutende Schwierigkeit hat das Ministerium noch an der römischen Frage zu überwinden, die mehr und mehr vor das Gericht der Öffentlichkeit gezogen wird. Der Bericht des Staatsrathes über das Benehmen des Hrn. v. Lesseps wird binnen Kurzem erwartet und morgen sollen die Interpellationen in der National-Versammlung über die römische Angelegenheit Statt finden. Die neuesten Ereignisse in Rom, deren ultra-reactionären Charakter Niemand verhehlen kann, setzen das Ministerium in große Verlegenheit, und es wäre nicht zu verwundern, wenn, wie der „National“ wissen will, Odilon Barrot morgen auf eine Verschiebung der angekündigten Interpellationen antragen sollte. Daß übrigens das Ministerium die von ihm eingegangenen Verpflichtungen und liberalen Zusagen aufrecht zu erhalten entschlossen ist, scheint aus einer Note des heutigen amtlichen „Moniteur“ hervorzugehen, wodurch ein angeblich verbreitet gewesenes Gerücht von der Abberufung des Hrn. d'Harcourt, des liberaleren unter den diplomatischen Vertretern Frankreichs in Italien, widerlegt und im Gegentheil erklärt wird, die Regierung sei mit dem Benehmen desselben stets vollständig zufrieden gewesen.

**Straßburg**, d. 5. Aug. Zwischen der schweizer Gränzbehörde und den elsässischen Präfecturen ist nun eine Uebereinkunft zu Stande gekommen, vermöge welcher Flüchtlinge, die gegenwärtig auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft weiter und in ihre Heimath zurück kehren wollen, ihren Zug durch das Elsaß nehmen können. Dieselben werden mit Geleitscheinen versehen und legen ihren Weg bis Straßburg auf der Eisenbahn zurück. Von hier aus haben die Flüchtlinge alsdann, in so fern sie in einem der Rheinuser-Staaten zu Hause sind, ihre Reise unmittelbar auf den Dampfbooten fortzusetzen. Die gestern in Basel abgeschlossene Uebereinkunft setzt den Plackereien an der Gränze ein Ende. Man schätzt die Zahl der Flüchtlinge, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, auf ungefähr 1500. Sehr viele erwarten nur die nothwendigen Reiseelder aus ihrem Vaterlande, um nach Hause zu eilen.

### Großbritannien und Irland.

**London**, d. 4. August. Seit einiger Zeit hat die englische Presse ihre Aufmerksamkeit auf die großen, in der Verwaltung des Seewesens bestehenden Uebelstände gelenkt. Besonders ist bei dieser Gelegenheit als ein unbestreitbares Factum die ungeheure, bei den Schiffsbauten vorgekommene Geldverschwendung hervorgetreten. Zur Aufdeckung der mancherlei Mängel hat vielleicht Niemand mehr gewirkt, als der Admiral Sir Charles Napier durch seine klaren, gerade auf die Sache los gehenden Briefe in der „Times.“ Zuletzt hat sich der mit der Feder wie mit dem Degen allezeit fertige Seeheld über diesen Gegenstand in einem Schreiben an Lord John Russell vernehmen lassen. Der Hauptinhalt seiner Bemerkungen ist, kurz gefaßt, etwa dieser: „Wir können auf keine Abhülfe

der bestehenden Mißbräuche hoffen, so lange nicht das gegenwärtige System der Verwaltung durchaus umgestaltet wird. Dieses System taugt von Grund aus nichts! So lange die Behörden der Admiralität zusammengesetzt sind, wie jetzt, kann uns Nichts heilen; Niemand ist für die Fehler, welche begangen werden, verantwortlich, und der Natur der Sache nach kann es auch Niemand sein. Irgend ein Subaltern-Beamter dient gewöhnlich als Sündenbock. Wer sind die höchsten Beamten der Admiralität? Leute, die nicht wissen, ob ein Kriegsschiff die Gestalt eines Wasserkübels oder einer Fleischtirage haben muß! Warum stellt man an die Spitze des Seewesens nicht See-Offiziere, Leute, die etwas von dem verstehen, dessen Sorge ihnen der Staat anvertraut, eben so, wie die Leitung des Heerwesens in den Händen einer Militärperson ist? Der gegenwärtige Marineminister ist ein guter Mann und mag auch ein guter Geschäftsmann sein; aber vom Seewesen kann er nicht mehr praktische Erfahrung besitzen, als was er sich etwa bei seinem zufälligen Aufenthalte in Portsmouth abgesehen haben mag. (Sir Francis Baring, der erste Lord der Admiralität, hat früher ministerielle Posten im Finanzfache eingenommen.) Eben so verhält es sich mit den übrigen höheren Beamten (den sogenannten Lords der Admiralität, deren im Ganzen sechs sind); sie verstehen nichts von der Sache, mit deren Leitung sie der Staat beauftragt. Hierzu kommt nun noch der Zeit- und Geldverlust, den der Umstand, daß die Geschäfte in zwei weit von einander gelegenen Gebäuden geführt werden, nothwendig zur Folge hat. Werden die Schiffsbauten, die Vorräthe &c. einmal inspiziert, so geschieht dieses im Fluge und von Leuten, die nicht im Stande sind, sich ein Urtheil über die Lage der Dinge zu bilden. Man übergebe also die Verwaltung des Seewesens sachverständigen Männern; dies ist der einzige Weg, um zu etwas Gutem zu gelangen."

Also Deutschland denkt noch an Metternich und läßt ihn bald sterben, bald den Verstand verloren haben. Umsonst, der Flüchtling von Richmond lebt, und er lebt noch mit aller Klarheit des Geistes beseelt, um es zu verfolgen, wie seine viel gescholtene Politik in Oesterreich von neuem Wurzeln schlägt. Er las kürzlich die Nachricht von seinem Tode. "Den Spaß will ich meinen Zeitungs-Freunden gern lassen," sagte er damals, "aber nach ihrem Wunsche denke ich mich nicht zu richten. Während man mich ein paar Mal jede Woche zu Brighton auf dem Todtenbette liegen läßt, genieße ich schon seit Monaten die ländliche Ruhe in Richmond. Von dem wahren Uebel, welches auf mir lastet, werde ich indessen nie genesen. Es heißt das hohe Alter. Ich wünsche allen meinen Gegnern, diese Hauptnoth eben so rüstig zu erreichen und zu bestehen, wie der Himmel es mir gestattet hat. Ein Mittel zum Zwecke ist die Ruhe des Gemüthes. Trügt mich nicht mein Gefühl, so glaube ich deren mehr als die Gegner meiner Grundsätze zu besitzen." (R. 3.)

**Fonds- und Geld-Cours.**  
Berlin, den 8. August.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	104 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	—	Pomm. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	94 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
St. Schuldsch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	85 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	85	R. = u. Nm. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	94 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Seeh. Pr. = Sch.	—	—	96 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Schlesische do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	93 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gar	—	—	—
Schuldversch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	80 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	tant. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
Brl. Stadt-Dbl.	5	102 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	101 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Pr. Bl. = A. = Sch.	—	93 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—
do. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—	Friedrichsd'or	—	13 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>	13 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>
Wstpr. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	87	And. Goldm. à	—	12 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	12 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>
Groß. Pof. do.	4	—	98 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	5 Pf	—	—	—
do. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	87 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Disconto	—	—	—
Wstpr. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	94 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	94 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>				

**Eisenbahn-Actien.**

Stamm-Actien.	Sf.		Sf.		
Brl. Anh. Lit.	4	82 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj. u. B.	Berl. Hambg.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj.
A. B.	4	69 bj.	do. II. Serie	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	89 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B.
do. Hamb.	4	95 B. 94 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj.	do. Potsd.-M.	4	87 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> bj. u. B.
do. St.-Star.	4	58 B. 57 <sup>2</sup> / <sub>5</sub> bj.	do. do.	5	98 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
do. Potsd.-M.	4	134 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj.	do. do. Litt. D.	5	92 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B.
Magd.-Hlbf.	4	—	do. Stettiner	5	104 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B. 104 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B.
do. Leipziger	4	—	Magd. = Leipz.	4	—
Halle = Thür.	4	58 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.	Halle = Thür.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	91 bj.
Cöln = Mind.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	87 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> à 88 bj.	Cöln = Mind.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	96 B.
do. Aachen	4	47 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.	do. do.	5	99 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> bj.
Bonn = Cöln	5	—	Rh. v. St. gat.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—
Düsseldorf = Elf.	4	61 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.	d. I. Priorität	4	—
Stael. Bohw.	4	—	do. St. = Pr.	4	73 B.
Nischl. = Märk.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	79 à 1 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> bj. u. B.	Düsseldorf = Elf.	4	—
do. Zweigbhn.	4	32 B.	Nischl. = Märk.	4	89 bj.
Obshl. L. A.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	102 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.	do. do.	5	102 B.
do. Lit. B.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	102 B.	do. III. Serie	5	98 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj. u. B.
Cosel-Derb.	4	—	do. Zwigbhn.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	72 B.
Bresl. Freib.	4	—	do. do.	5	80 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
Kraf. = Dbschl.	4	55 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B.	Oberschl.	4	—
Berg. = Märk.	4	51 B.	Kraf. Dbschl.	4	77 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
Starg. = Pof.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	79 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B. 1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj.	Cosel-Derb.	5	—
Krieg-Masse	4	—	Stael. Bohw.	5	—
Magd. = Wittb.	4	51 bj.	do. II. Serie	5	—
Quitt. = B.	4	—	Bresl. = Freib.	4	—
Aach. = Mastr.	4	—	Berg. = Märk.	5	96 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
Ausl. Ob.	4	—	Ausländische	—	—
Fr. = B. = Mdb.	4	40 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> à 2 <sup>1</sup> / <sub>6</sub> bj.	Actien.	—	—
do. Priorit.	5	93 B.	Ludw. = Verb.	—	—
Prioritäts-Actien.	—	—	24 Jl.	4	—
Berl.-Anhalt	4	90 B.	Riel-Mt. Sp.	5	98 B.
			Amst. = R. Jl.	4	—
			Medl. = Thür.	4	34 B.

Leipzig, den 8. August.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Binf.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3 % im 14 Pf. von 1000 u. 500 Pf. kleinere . . .	—	81 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Loz. = Dresd. = Eisenb. P. = Dbl. à 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> %	—	102 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
à 4 % do. do. v. 500 Pf. do. do. v. 500 u. 200 à 5 % . . .	94	—	Chemn. = R. = Eisenb. = Anl. à 10 Pf. 4 %	—	—
do. do. kleinere	—	104 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	K. pr. St. = Schuld-scheine à 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % im pr. St. pr. 100	—	—
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % im 14 Pf. v. 1000 u. 500 Pf. kleinere . . .	—	89	K. f. Oesterreich. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % lauf. Zinsen à 4 % à 103 % im à 3 % 14 Pf. J.	—	—
Act. d. eh. sächs. = dair. C. = G. bis Mich. 1855 à 4 % , später à 3 % v. 100 Pf. . . .	—	82 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Pr. = Frib'or à 5 Pf. idem auf 100	—	—
Königl. pr. Steuer-Credits-Raffensch. à 3 % im 20 Pf. J. v. 1000 u. 500 Pf. kleinere . . .	—	80	And. ausl. Louisd'or à 5 Pf. nach geringere rem Ausmünzfuße auf 100	—	12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Leipz. Stadt = Dbl. = gationen à 3 % im 14 Pf. J. . . .	—	93 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Conv. = Spec. u. Gld. auf 100	—	—
v. 1000 u. 500 Pf. kleinere	—	—	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2
Sächs. erbl. Pfandbriefe à 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % von 500 . . .	—	87 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Actien der B. = B. pr. St. à 103 % . . .	—	—
von 100 u. 25 . . .	—	99	Leipz. Bank = Actien à 250 Pf. pr. 100	140 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—
à 4 % von 500 . . .	—	—	Loz. = Dresd. = Eisenbahn = Act. à 100 Pf. pr. 400	—	99 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
von 100 u. 25 . . .	—	—	Sächs. = Schlef. do. pr. 100	—	79
Sächs. lauf. Pfandbriefe à 3 % . . .	—	81 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Löbau = Zitt. do. pr. 100	—	—
Sächs. do. do. à 3 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> % . . .	—	95	Magdeb. = Leipz. Div. Sch. do. pr. 100	192 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—
do. do. à 4 % . . .	—	98 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	Chemn. = Rief. C. = A. à 100 Pf. = 3. jinslos	—	22





## Bekanntmachungen.

### Bräuerei-Verpachtung.

Mit ultimo December d. J. wird meine nach neuester Construction bequem eingerichtete Bräuerei pachtlos, weshalb ich beabsichtige, diese vom 1. Januar 1850 ab auf mehrere hintereinander folgende Jahre, unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen auf

Donnerstag, als den 20. Sept. d. J.,  
früh 9 Uhr

in meiner Wohnung öffentlich an einen zahlungsfähigen tüchtigen Brauer aus freier Hand wieder zu verpachten.

Für Reflektanten bemerke noch, daß bei der vorhandenen schönen Kellerei seither ein ausgedehntes Geschäft in Lagerbier gemacht wurde. — Nähere Auskunft auf mündliche oder portofreie Anfragen ist bei mir zu haben. —

Schmiedeberg, den 8. Aug. 1849.  
A. W. Hädicke.

Zwei arbeitsame Mädchen, mit guten Attesten versehen, die sowohl die häusliche Arbeit verrichten, wie auch sich zum Verkaufsgeschäft passen, finden sofort einen Dienst durch Frau Möbius, Nr. 782 an der Halle.

## Mein Lager von Cardinenstoffen,

Nouveau, Batisten, Jaconets, Gambries, glatten u. broch. Mulls, nebst allen darin einschlagenden Artikeln, empfehle hiermit unter Zusicherung der Fabrikpreise bestens.

Händler.

## Stickereien

in den neuesten Dessains billigst bei

Händler.

## Damen-Taschen-Tücher

in acht franz. Batist, glatt und gestickt, und andern Sorten bei

Händler.

## Bett-Decken

so wie Ueberzugszeuge in schöner Auswahl und schwerster Qualität bei

Händler.

## Von Cravatten-Bändern

nebst Gürteln in schwerster Waare das Neueste bei

Händler.

## Spitzen u. Tülls

in größter Auswahl bei

Händler.

## Für Auswanderer nach America.

Bei der fortwährend starken Auswanderung über unseren Platz hält das unterzeichnete Bankhaus im Interesse der Reisenden anzuzeigen, daß es alle deutschen und fremden Münzen, Bank-Noten, Kassen-Anweisungen u. s. w. ohne Verlust annimmt und dagegen die in den Vereinigten Staaten von Nord-America gangbaren Geldsorten zu den billigsten Preisen überläßt.

Bremen, im Juli 1849.

Timoleon Miesegaes.

Gebauersche Buchdruckerei in Halle.

## Saals-Pavillon.

Freitag den 10. d. M. großes Concert, bestehend in **Gesang, Declamationen und National-Tänzen.** Anfang 7 Uhr auf der Rabeninsel.

Natsch.

## Verloren.

Es ist auf der Straße von Gotha über Artern nach Merseburg ein Ballen, HB. No. 5386, Brutto 93 U enthaltend, gehackelten rheinl. Hanf, abhanden gekommen; wer darüber Auskunft geben kann, in Merseburg bei Hrn. C. H. Schulte oder in Halle im grünen Hof, selbigen wird eine gute Belohnung zugesichert.

Sehr starken fetten Rheinlachs, **Samb. Caviar, Lüneb. Neun-  
augen, neuen mar. Brandenburg-  
ger Aal, holl. ger. Lachsheringe,**  
bei **G. Goldschmidt.**

Eine junge Wittwe, welche seit längerer Zeit conditionirte, im Kochen, Nähen und allen häuslichen Arbeiten erfahren ist, sucht als Wirthschafterin zu Michaelis eine Stelle durch Frau Hartmann, Leipzigerstraße Nr. 312.

Ein gebildetes Mädchen, die im Materialhandel, so wie auch in der Landwirtschaft erfahren ist, die mehr auf solide Behandlung als hohen Gehalt Ansprüche macht, sucht sobald als möglich ein Unterkommen. Nähere Nachricht ertheilt der Gastwirth Herr Westler im schwarzen Adler.

Ein Lehrling kann sogleich oder zu Michaeli in die Lehre treten beim Stellmachermeister Gebhardt, Steinweg Nr. 1688.

Frisch gebrannter Kalk Montag den 13. und Donnerstag den 16. bei Lieskau und in Halle beim Mauermeister Stengel.

Sehr schöne **Tyroler Citronen** und **grüne Pomeranzen** bei  
**G. Goldschmidt.**

Ein gutes Seidel-Bier ist fortwährend zu haben à Seidel 9 L, à Flasche 1 L 3 L, bei C. Major, Alter Markt Nr. 626.

Eine elegant meublirte Stube, Kabinet und Burschengelaß, auf Verlangen auch Pferdestall, ist sofort oder zum 15. d. M. zu vermieten Brüderstraße Nr. 202.

## Paradiesgarten.

Freitag d. 10. d. M. **Extra-Concert.** Anfang 6 Uhr.

Stadtmusikchor.

## Familien-Nachrichten.

### Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich Freunden und Bekannten nur auf diesem Wege

Hermine Lehmann,  
Rudolph Lehmann.

Querfurt, den 7. August 1849.

### Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß starb nach 4tägigem Krankenlager unsere geliebte Gattin, Mutter und Tochter. Mit tiefgebeugtem Herzen stehen wir nun verlassen da, indem sie uns so frühzeitig der mütterlichen Sorgfalt und Güte entzogen ist. Nur die Hoffnung an ein ferneres Wiedersehen kann uns bei diesem harten Schlag trösten.

Dieskau, den 9. August 1849.

Die Hinterbliebenen.

G. Hoffmann, als Gatte.

W. Hoffmann

F. Hoffmann

H. Hoffmann

E. Hoffmann

E. Hoffmann

E. Hoffmann

verwittw. Lautsch, als Mutter.

als Kinder.

als Mutter.



Deutschland.

**Halle**, d. 9. August. Der bisherige außerordentliche Professor an der Universität und Oberlehrer an der Realschule zu Halle, Dr. Hankel, ist als ordentlicher Professor der Physik an die Universität zu Leipzig berufen worden.

**Berlin**, d. 8. August. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer waren sämtliche Minister anwesend. Der Präsident von Auerswald trug, nach Verlesung des Protokolls der am 30. März vertagten Kammer und nach Ertheilung mehrerer Urlaubsgesuche, darauf an, die Kammer möge dem Heere für das, was es in der Vertagungszeit gethan, den Dank der Landesvertretung votiren. „Das preussische Heer hat Preußen und Deutschland gerettet“ — sprach der Präsident — und „wenn Jemand sagt, daß es in wahren Sinne der Repräsentant des preussischen Volkes gewesen ist, so ist es nicht allein Freude, nicht allein Stolz, sondern noch ein höheres Gefühl, von dem ich durchdrungen bin, ohne ihm Worte geben zu können. Die preussische Nation ist dem Heere Dank schuldig und die Vertreter desselben haben die Pflicht, ihn auszusprechen“. Die Kammer erhob sich von ihren Sitzen und der Kriegsminister von Strotha dankte im Namen des Heeres. Darauf wurde über mehrere Wahlen berichtet und die Kommission für die Geschäftsordnung legte über mehrere Eingaben, die Vereinfachung und Beschleunigung der Verhandlungen in den Kommissionen und Ausschüssen betreffend, ihre Anträge vor, welche ohne Diskussion genehmigt wurden. Ein dringender Antrag des Grafen zu Eulenburg, die Organisation und Reorganisation der Bürgerwehr zu sistiren und die schon errichtete Bürgerwehr außer Thätigkeit zu setzen, wurde in die Abtheilungen verwiesen. Zum Schluß legte der Minister von Manteuffel zwei Rechenschaftsberichte über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin und Erfurt auf die Tafel des Hauses mit dem Bemerkten, daß das Ministerium ähnliche Berichte über seine Thätigkeit nachfolgen lassen werde.

**Berlin**, d. 8. August. In der Abgeordneten-Versammlung in der Friedrichstädtischen Halle fanden gestern Abend nur Besprechungen von weniger allgemeinem Interesse statt. Die Frage der Präsidentenwahl wurde nur vorübergehend in die Versammlung geworfen durch Andeutung in einer Rede des Hrn. v. Klugow (Viegnitz), der hervorhob, daß die Wahl zum Präsidenten nur einen Mann treffen dürfe, der auch in der deutschen Frage stets auf dem Rechtsboden festgestanden habe. Graf Schwerin nahm darauf sehr lebhaft für die Kandidatur des Professor Simson Partei, und vertheidigte Hrn. Simson namentlich unter dem Hinweis auf Gotha, „wo jene Männer sich selbst überwunden hätten.“ Die Präsidentenwahl wird zunächst eine Spaltung in dieser großen Versammlung der konstitutionell-gesinnten Abgeordneten herbeiführen, obwohl damit die Sichtung in die größeren politischen Parteien nicht ganz zusammenfallen wird, denn selbst unter Parteigenossen scheint noch eine große Verschiedenartigkeit in der Auffassung der Präsidentenfrage obzuwalten. Gegen-Kandidaten des Herrn Simson sind Graf Arnim-Boitzenburg und Geheimrath Stiehl; auch Kühlwetter dürfte vielleicht in Frage kommen. Es hat fast den Anschein, als ob die Wahl des Herrn Simson die Majorität für sich gewinnen könnte; mit Bestimmtheit läßt sich jedoch das Resultat noch nicht voraussehen. Ueber die Stellung des Ministeriums zu dieser Frage herrschte in der gestrigen Versammlung noch Zweifel. Von einer Seite wurde behauptet, das

Ministerium betrachte die Präsidentenwahl lediglich als offene Frage. Morgen um 12 Uhr findet die nächste Plenar-Sitzung statt.

Die Konstituierung der Abtheilungen in der zweiten Kammer ist erfolgt und hat folgendes Resultat ergeben: I. Abth. Vorsitzender Riedel. Stellvertreter Keller. Schriftführer Scheerer. Stellvertreter v. Peguilhen. II. Abth. Ulrichs. Kühlwetter. Grobdeck. v. Rohrscheidt. III. Abth. Stiehl. Harfort. Fröhner. Diethold. IV. Abth. v. Schwerin. Müller. Gessler. Mengel. V. Abth. v. Auerswald. Simson. Eckstein. Hirsch. VI. Abth. Camphausen. v. Griesheim. v. Schlotheim. Bernuth. VII. Abth. v. Arnim-Boitzenburg. Bauer, R. Rath. Herrmann. Ambronn.

Die Ansicht, daß es für eine gedeihliche Wirksamkeit der zweiten Kammer vorzüglich auf Bildung eines starken Centrums von gemäßigt-gesinnten Männern ankomme, hat bereits zur Bildung einer Partei geführt, welcher sich vermuthlich viel Mitglieder der Kammer anschließen werden. Das Programm ist zunächst in einem engeren Kreise von etwa 25 Mitgliedern beschlossen und gestern von einer erwählten Redaktions-Kommission, welche aus vier Mitgliedern (v. Becke-rath, v. Auerswald, Riedel und Simson) bestand, entworfen.

**Berlin**, d. 9. August. Bei der gestern im dritten hiesigen Wahlbezirk stattgehabten Nachwahl wurden an die Stelle der Abgeordneten Stiehl und v. Griesheim, welche hier die Wahl abgelehnt, folgende Neuwahlen getroffen: Bei der ersten Stimmgebung erhielten von 26 anwesenden Wahlmännern (30 mögen etwa gefehlt haben) der Prof. Dr. Trendelenburg 181, der ehemalige Minister v. Bodelschwingh 85 Stimmen. — Bei der zweiten Stimmgebung erhielten von 266 Anwesenden der Stadtälteste Gamet 265 Stimmen, der Stadtgerichtsrath Hufeland 1 Stimme. — Es sind sonach die H. Trendelenburg und Gamet gewählt.

Das 30ste Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter:

- Nr. 3154. Den Allerhöchsten Erlass vom 22. Juni d. J., betreffend die Ueberweisung der gesammten Medizinal-Verwaltung, mit Einschluß der Medizinal- und Sanitäts-Polizei, an den Minister der Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten;
- „ 3155. desgleichen vom 29. desselben Monats, betreffend das Recht zur Erhebung des Chauffeegeldes auf der Straße von Groß-Strehly nach Krappitz;
- „ 3156. Ferner vom 21. Juli d. J., betreffend die der Stadt Lennstädt in Bezug auf den hauffeemäßigen Ausbau der Straßenstrecke von Lennstädt nach Langensalza bewilligten fiskalischen Vorrechte;
- „ 3157. von demselben Tage, betreffend die den Ständen des Bitterfelder Kreises in Bezug auf den hauffeemäßigen Ausbau der Straße von Bötzig bis Stumsdorf bewilligten fiskalischen Vorrechte; und
- „ 3158. vom 23. Juli d. J., betreffend die Meliorationen des Nieder-Oderbruches.

Berlin, den 9. August 1849.

Debits-Comtoir der Gesefsamlung.

## Bekanntmachungen.

Ein vierstimmiges Geläute (Accorde) für Ruhe, bestehend in 32 Stück Glocken mit Bügeln;

Einen gut erhaltenen Stuhlwagen, ein- und zweispännig zu fahren;

Einen neuen Rennschlitten für nächsten Winter zc. verkauft — der Administrator Flacke in Schochwitz.

So eben empfang eine Sendung neue große **Tyroler Citronen**, welche in Kisten billigt à **100 Stück 2 Thlr. 25 Sgr.** empfehle.  
**C. Kramm.**

Die Stelle des Verwalters auf einem Rittergute bei Quersurth ist erledigt; gut empfohlne Herren erfahren das Nähere durch portofreie Anfragen mit S. Z. bezeichnet durch die Expedition des Couriers.

Die Aufschiefung der Kutschgeschirre findet nicht Sonntag den 12., sondern Sonntag den 19. August statt, und werden Liebhaber dazu hiermit eingeladen.  
Dornstedt, den 7. August 1849.  
K. Weber, Sattlermeister.

## Buchdrucker-Kongreß.

In Erwägung,

daß unter der Mehrzahl der deutschen Buchdrucker das dringende Verlangen nach einer allgemeinen Vereinigung tief gefühlt wird,

daß ein allgemeiner Buchdrucker-Kongreß das beste Mittel ist, sie ins Leben zu rufen,

daß ferner der Gutenberg-Bund die geeignetste Grundlage der allgemeinen Association bildet und

daß sich bereits viele Prinzipale und Gehülfen für die baldigste Abhaltung eines solchen Kongresses durch den Gutenberg-Bund ausgesprochen haben,

hat der Central-Vorstand des Gutenberg-Bundes beschlossen:

**einen konstituierenden Kongreß sämtlicher Buchdrucker zum 30. September dieses Jahres nach Berlin zu berufen,**

und ladet nicht nur alle Vereine des Gutenberg-Bundes, sondern auch alle Buchdrucker-Vereine und Buchdrucker, namentlich aber und vor Allen die Herren Prinzipale ein, den Kongreß recht zahlreich zu beschicken und zu besuchen.

Die vorzüglichsten Gegenstände der Verhandlungen werden bilden:

1) die Berathung und definitive Feststellung eines allgemeinen Statuts des Gutenberg-Bundes,

2) die Berathung der Grundzüge zur Errichtung allgemeiner Bundes-Invalidenkassen,

3) die Berathung über die geeignetsten Mittel und Art, eine den Interessen der Gesamtheit wie der einzelnen Gegenden möglichst entsprechende Regelung der Arbeitsverhältnisse anzubahnen, insbesondere über die Gründung von gemeinsamen Korporationen mit Zugrundelegung der Münchener Korporations-Statuten.

Schließlich aber machen wir die Herren Prinzipale Deutschlands noch darauf aufmerksam, von welcher unendlichen Wichtigkeit es für sie ist, diesen Kongreß zu besuchen, um namentlich unter sich über die Aufhebung der Uebel zu berathen, welche durch die unregelmäßigen Arbeitsverhältnisse, die unbeschränkte Konkurrenz und den Mißbrauch der Kreditverhältnisse über sie verhängt werden, und, wenn es nöthig oder angemessen erscheint, mit den Abgeordneten der Gehülfen gemeinsame Gegenmaßregeln zu besprechen.

Jeder Abgeordnete muß mit einer von seinen Auftraggebern, resp. ihrem Komite, ausgefertigten Vollmacht versehen sein.

Anmeldungen zum Kongreß bitten wir bis zum **10. September** an den Central-Vorstand zu übersenden, damit er die nöthigen Vorbereitungen Zeit zu treffen habe.

Berlin, den 24. Juli 1849.

Der Central-Vorstand des Gutenberg-Bundes.

Franke. Jaffe. Kannegießer. Spiegel. Walther.

## Deutsche Betriebs-Kapitals- und Aussteuer-Anstalt

für

### den Handels- und Handwerkerstand.

Anmeldungen zur Aufnahme von Mitgliedern, Behufs Erwerbung von Betriebs- oder Aussteuer-Kapitalien, im Betrage von

## 100 Thlr. bis zu 10,000 Thlrn.

werden angenommen, sowie auch das Programm der Anstalt, die Aufnahme-Bedingungen enthaltend, unentgeltlich verabreicht bei

**Theodor Schreiber in Wettin a.S.,**  
Agent.

Gebauer'sche Buchdruckerei in Halle.